



Gemeinderat

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 29. März 2012 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesende:

- Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
- 1. Bgmstv. Herbert Mayer
- 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein
- StR Hubert Niederbacher
- StR Dr. Wolfgang Jörg
- StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler
- StR Ing. Roland König
- GR Richard Reinalter
- GR DI Andreas Pfenniger
- GR Markus Gerstgrasser
- GR Monika Rotter
- GR Viktor Zolet
- GR Doris Sailer
- GR Mag. Kurt Leitl
- GR Peter Vöhl
- GR Hansjörg Unterhuber
- GR Gabriele Greuter
- GR Ahmet Demir
- GR-Ers. Johannes Schönherr

Abwesend und entschuldigt:

- GR Mag. Jakob Egg

Weiters anwesend:

- Ing. Bernhard Weiskopf (zu TO-Pkt. 2)
- Mag. Elisabeth Reich
- Finanzverwalter Walter Gaim
- Ing. Konrad Sailer

Schriftführerin: Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschriften
2. Antrag des Stadtrates
Umweltwerkstatt - Großcontainererhaltungsfonds
3. Anträge des Finanzausschusses
Venet Bergbahnen AG – Gesellschafterzuschuss; Waldumlage
4. Antrag des Überprüfungsausschusses
Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen 2011; Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2011
5. Jahresrechnung 2011
6. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Grundverkauf an Emil Petter – Flächenänderung; Überlassung eines Holzlagerplatzes an Johann Sailer, Lochbödele
7. Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses
Behandlung von Stellungnahmen zum Parkverbot von Mopeds (Gymnasium Perjen); Flächenwidmungsplanänderung Prandtauerweg/Petter
8. Antrag des Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge ersucht der Vorsitzende den TO-Pkt. 2) bis zum Eintreffen des Geschäftsführers der Umweltwerkstatt Landeck, Ing. Bernhard Weiskopf, nach hinten zu reihen. Dies wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und geht der Vorsitzende sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschriften**

Die Niederschrift über die außerordentliche Sitzung des Gemeinderates vom 8. Februar 2012 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Gemeinderates vom 23. Februar 2012 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 3) der TO.: **Anträge des Finanzausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, 2.
Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Venet Bergbahnen AG - Gesellschafterzuschuss

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, der Venet Bergbahnen AG, einen Gesellschafterzuschuss in Form eines Investitionszuschusses für den Gesamtbetrag an Forderungen der Stadtgemeinde Landeck gegen die Venet Bergbahnen AG per 31.04.2011, in Höhe von Euro 855.021,51, zu gewähren.

Der Gemeinderatsbeschluss tritt nur in Kraft, wenn die Gemeinde Zams einen gleichlautenden Beschluss fasst.

Die Zusammenstellung der Forderungen liegt dem Antrag bei.

StR König stellt die Frage, ob der Gesellschafterzuschuss wiederum im Aufteilungsschlüssel 45% Zams und 55 % Landeck erfolgt.

Dazu antwortet Finanzverwalter Walter Gaim, dass die Bürgschaft bzw. die Darlehen immer im Aufteilungsschlüssel 55:45 erfolgen und auch entsprechend so gebucht werden.

Beschluss:

Für diesen Antrag des Finanzausschusses ergibt sich Einstimmigkeit.

b. Waldumlage

Der Finanzausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Umlage zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für das Forstaufsichtsorgan gem. § 10 der Tiroler Waldordnung 2005 mit 50 % für den Wirtschaftswald und mit 15 % für den Schutzwald im Ertrag zu erheben.

Die für das Jahr 2011 zu vereinnahmende Waldumlage beträgt daher EUR 11.503,54.

StR König fragt an, ob von Seiten des Landes ein Zuschuss für die Personalkosten des Waldaufsehers gewährt werde.

Dies wird von Finanzverwalter Gaim verneint. Er informiert, dass nur jene Gemeinden in den Genuss eines Zuschusses kommen, welche von der Finanzkraft her selber nicht in der Lage sind, die Kosten für den Waldaufseher selber zu tragen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem vorliegenden Antrag einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: Antrag des Überprüfungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Überprüfungsausschusses, GR Ahmet Demir, das Wort. Er verliest nachstehenden Antrag:

a. Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen

Der Überprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 15. März 2012 beschlossen, an den Gemeinderat den Antrag zu stellen, die in der Beilage angeführten Ausgabenüberschreitungen 2011 nachträglich zu genehmigen.

Der Überprüfungsausschuss weist darauf hin, dass die Zustimmung der Überprüfungsausschusses eine formalrechtliche Sanierung der Haushaltsüberschreitungen im Nachhinein darstellt und die Bestimmungen des § 95 Abs. 4 der TGO 2001, wonach Ausgaben, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind oder die dessen Ansätze übersteigen und nur aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses im unerlässlichen Ausmaß geleistet werden dürfen, nicht eingehalten wurden.

GR König erläutert, dass im Laufe des letzten Jahres die laufenden Überschreitungen zur nachträglichen Genehmigungen vorgelegt worden sind und fragt er an, warum diese jetzt nochmals beschlossen werden.

Finanzverwalter Gaim klärt auf, dass die laufenden Überschreitungen lediglich dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht worden sind, dafür jedoch kein Beschluss gefasst wurde. Heute müsse ein Beschluss für alle Überschreitungen gefasst werden.

StR Hittler hinterfragt die Ausgabenüberschreitung der Freiwilligen Feuerwehr im außerordentlichen Haushalt.

Finanzverwalter Gaim weist darauf hin, dass dies ausschließlich im Zusammenhang mit dem Neubau des Einsatzzentrums stehe und durch Verschiebung des Baubeginns und Baufortschritts zustande gekommen ist.

StR König weist auf den Budgetposten „Zuwendungen aus Anlass von Dienstjubiläen“ hin, welcher nicht veranschlagt wurde und stellt fest, dass dies in der Personalabteilung eigentlich ersichtlich sein müsste.

Darauf antwortet Finanzverwalter Gaim, dass er bei der Budgeterstellung tatsächlich sein eigenes Dienstjubiläum übersehen habe.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit den Ausgabenüberschreitungen, wie in der Beilage angeführt, einstimmig einverstanden.

b. Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2010

Der Obmann des Überprüfungsausschusses verliest den Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2011, welcher dem Protokoll als Bestandteil beigegeben wird.

Der Vorsitzende führt zu den kritisierten Ansätzen der Grundverkäufe an, dass im speziellen Fall die Grundstücke bei den Unterhöfen in Perfuchsberg demnächst einer Verwertung zugeführt und bald verkauft werden können. Zum Pendlerparkplatz merkt er an, dass der Pachtzins einen besonders hohen Aufwand für die Stadtgemeinde Landeck darstellt. Warum der Überprüfungsausschuss anregt, mit der Donau Chemie Verhandlungen über eine eventuelle Vertragsverlängerung zu führen, könne er sich nicht erklären bzw. kenne er die Gedankengänge dazu nicht.

StR Jörg erklärt, dass man im Planungsausschuss über verschiedene Modelle hinsichtlich einer Bebauung der Unterhöfe in Perfuchsberg beraten habe. Bezüglich der Baudichte gebe es jedoch unterschiedliche Auffassungen. Man arbeite daran und werde auch zu einer für alle befriedigende Lösung kommen.

Für StR König wäre es interessant, wenn bei Großinvestitionen einmal die Betriebskosten sowie die Tilgung inklusive Zinsen aufgelistet werden könnten. Damit könnte festgestellt werden, welche Betriebskostensteigerung mit den Investitionen einher gehen.

Letztlich schließt sich der Vorsitzenden dem Dank an Finanzverwalter Walter Gaim und Herrn Heinz Schattauer an.

Vorliegender Prüfungsbericht zur Jahresrechnung 2011 wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Pkt. 5) der TO.: Jahresrechnung 2011

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, das Wort und trägt er dazu eine Präsentation vor, die diesem Protokoll beigegeben wird.

StR Hittler bemerkt, dass die Stadtgemeinde Landeck mit der vorliegenden Jahresrechnung gerade noch mit „einem blauen Auge davon gekommen ist“. Der Schuldenstand ist im Budget zwar gesunken, dennoch dürfe man nicht vergessen, dass man die ausgelagerten Schulden in der Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG auch noch zurückzahlen müsse. Das Jahr 2012 werde sicherlich ein ganz schwieriges Jahr und werde der Stadtgemeinde Landeck auch noch mindestens zwei weitere schwierige Jahre bevorstehen. Es ist nun jeder Einzelne gefordert, Einsparungen vorzunehmen.

StR König erkundigt sich nach den Ursachen für den verminderten Schuldenstand gegenüber dem Voranschlag.

Bgmstv. Jenewein erklärt, dass dies unter anderem auf nicht aufgenommene Darlehen sowie auf den niedrigen Zinssatz zurückzuführen sei. Auch die zusätzlichen Euro 100.000,-- Bedarfszuweisungen vom Land haben sich positiv ausgewirkt.

GR-Ers. Schönherr erkundigt sich nach dem aktuellen Schuldenstand der Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG.

Bgmstv. Jenewein informiert, dass dieser Ende 2011 Euro 560.000,-- betragen hat.

Bgmstv. Mayer möchte gerne wissen, was insgesamt an Heizkosten nach durchgeführter Wärmedämmung im Rathaus, Umstellung von Heizöl auf Erdwärme im Vereinshaus, etc. eingespart werden konnte.

Bgmstv. Jenewein gibt an, dass er diese Zahlen nicht kenne. Insgesamt könne jedoch festgestellt werden, dass die Anstrengungen im Sinne einer ausgeglichenen Umweltpolitik sehr gut gelungen sind.

In weiterer Folge übergibt der Vorsitzende den Vorsitz an 1. Bgmstv. Herbert Mayer, um in seiner Abwesenheit über den vorliegenden Rechnungsabschluss diskutieren zu können. Sodann verlässt der Bürgermeister den Sitzungssaal.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt 1. Bgmstv. Herbert Mayer über vorliegende Jahresrechnung abstimmen.

Beschluss:

Die Jahresrechnung 2011 wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen und wird dem Bürgermeister gleichzeitig die Entlastung erteilt.

Der Bürgermeister übernimmt wieder den Vorsitz und bedankt sich beim Gemeinderat für die erteilte Zustimmung. Er weist darauf hin, dass eine sehr angespannte Finanzsituation vorherrsche. Er spüre jedoch, dass die Bereitschaft und das Bemühen vorhanden sind, mit den vorhandenen Mitteln mit entsprechender Sorgfalt und Verantwortung umzugehen. Es müsse jeder einen Beitrag leisten und könne man nur etwas erreichen, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Er bedankt sich in erster Linie bei allen Gemeinderatsmitgliedern, bei Bgmstv. Mag. Jenewein für die ausgezeichnete Vorbereitung und Darstellung zur Jahresrechnung und bei allen Mitarbeitern, insbesondere bei der Finanzverwaltung mit dem Leiter Walter Gaim.

Der Gemeinderat schließt sich dem Dank an die Mitarbeiter der Stadtgemeinde Landeck an.

Im Anschluss daran, wird der TO-Pkt. 2) Antrag des Stadtrates behandelt:

Pkt. 2) der TO.: **Antrag des Stadtrates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Herrn Ing. Bernhard Weiskopf, Geschäftsführer des Vereins Umweltwerkstatt für den Bezirk Landeck. Der Vorsitzende informiert, dass Herr Weiskopf Bernhard gemeinsam mit Herrn Markus Regensburger ein Konzept für die Optimierung der Transportlogistik für Leichtfraktionen ausgearbeitet habe, um weitere Einsparungen für die 29 Mitgliedsgemeinden im Bezirk Landeck erzielen zu können.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich der Stadtrat damit befasst hat und verliest er dazu nachstehenden Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat:

Im Rahmen der Außerordentlichen Jahreshauptversammlung des Vereins Umweltwerkstatt am 06.12.2011 wurden durch die anwesenden Bürgermeister Maßnahmen bezüglich der Verbesserung der Abfallwirtschaft in den Gemeinden beschlossen, um damit auch erhebliche Einsparungen/-Mehreinnahmen für die Gemeinden lukrieren zu können. Die Gemeinden müssen nunmehr den Verein Umweltwerkstatt für die Anschaffung von mobilen Presscontainern entsprechend dem Beschluss in der außerordentlichen Jahreshauptversammlung vom 06.12.2011 für den Großcontainererhaltungsfonds beauftragen, welcher sodann die Verwaltung vornehmen wird. Die Gemeinde verpflichtet sich, die entsprechenden Maßnahmen im Recyclinghof umzusetzen, um die betreffenden Container entsprechend dem Konzept einsetzen zu können. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist ein Beschluss mit folgendem Wortlaut, welcher mit der Gemeindeaufsichtsbehörde abgestimmt worden ist, zu fassen:

Die Gemeinde beschließt nachfolgend beschriebenes Gesamtpaket zur Verbesserung der Abfallwirtschaft in der Gemeinde:

1. Der Gemeinderat beschließt entsprechend dem Beschluss in der außerordentlichen Jahreshauptversammlung des Vereins Umweltwerkstatt vom 06.12.2011 und dem einzureichenden Förderantrag zur Gewährung von Finanzzuweisungen nach § 21 Abs. 9 und 10 Finanzausgleichgesetz 2008 die Umsetzung der Gemeindekooperation *Optimierung der Transportlogistik für Abfälle der „Leichtfraktionen“* entsprechend dem Konzept des Vereins Umweltwerkstatt (siehe Beilage). Die Finanzierung der Ausgaben für die Beschaffung der Presscontainer in Höhe von € 616.000.- erfolgt durch eine Landesförderung in Höhe von € 215.600.- sowie durch eine Finanzzuweisung in Höhe von 15%, sohin € 92.400.-. Der Restbetrag wird durch Investitionsbeiträge und ein Darlehen finanziert. Für die Rückzahlung des Darlehens sowie für die Abdeckung der laufenden Kosten für die Bereitstellung der Presscontainer verpflichtet sich die Gemeinde zu monatlichen Mietzahlungen lt. beiliegender Tabelle. Die Gemeinde beschließt, die im beiliegenden Begleitschreiben angeführten Maßnahmen im Recyclinghof umzusetzen, um die vorgesehenen Presscontainer einsetzen zu können.

2. Der Gemeinderat beschließt die Übertragung der Kompetenz für die Verwertung und Vermarktung der in der Gemeinde anfallenden Wertstoffe (Altpapier, Altkleider, Altholz, Ökoboxen, Schrott) an den Verein Umweltwerkstatt.

Die Gemeinde beauftragt den Verein Umweltwerkstatt, mit der Umweltwerkstatt CPT GmbH über den Beitritt des Vereins Umweltwerkstatt in die bestehenden Verträge (siehe Beilage) zu verhandeln und den bestehenden Verträgen beizutreten. Der Verein Umweltwerkstatt wird beauftragt, mit Vergaberechtern den Aufbau einer transparenten Struktur für die Wertstoffvermarktung, die eine Bestbieterermittlung garantiert und kein Haftungsrisiko bei den Gemeinden belässt, zu erstellen.

3. Der Gemeinderat beschließt, den Verein Umweltwerkstatt mit der Führung der elektronischen Aufzeichnungen entsprechend der Abfallbilanzverordnung und die zeitgerechte Übermittlung der jährlichen Abfallbilanzen an das EDM-Portal zu beauftragen. Die Verrechnung der dafür notwendigen Leistungen erfolgt über den bestehenden Abfallberatungsvertrag wo diese Leistungen entweder im Sockelbetrag enthalten sind oder ggfls. über Mehrleistungen abgerechnet werden.
4. Die Gemeinde beauftragt den Verein Umweltwerkstatt, ein Projekt für die Erzielung des größtmöglichen Einsparungspotentials durch eine bezirksweite Koordination der Rest- und Biomülltouren zu erstellen.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 20. März 2012 mit dieser Angelegenheit befasst und beantragt, der Gemeinderat möge diesem Gesamtpaket zustimmen.

Der Vorsitzende übergibt nun das Wort an Ing. Bernhard Weiskopf.

Dieser bedankt sich zuerst für die Einladung und erörtert ausführlich das Konzept, welches dieser Niederschrift als Bestandteil beigegeben wird. Er betont, dass die Förderung des Landes bereits auf dem Konto eingelangt ist, der Rest wird über eine Darlehensaufnahme finanziert. Durch die Ausstattung mit Presscontainern erhöhe sich für die Stadtgemeinde Landeck der Jahresmietaufwand auf Euro 7.827,20. Im Gegenzug ergeben sich jedoch Einsparungskosten im Bereich Sperrmülltransporte. Da in den letzten 10 Jahren die Transportmengen stetig stiegen sind, ist aus ökologischer und ökonomischer Betrachtung eine Verbesserung der Transportgewichtsauslastung durch Verdichtung im Container eine wichtige Maßnahme. Nicht unwesentlich ist auch der klimarelevante Aspekt, der aus den Einsparungen an CO₂ Äquivalenten ersichtlich ist.

Für die Gemeinden fallen nicht direkt Kosten an, der Presscontainer werde durch den Erlös der Fraktionen bezahlt. Er teilt mit, dass für die Stadtgemeinde Landeck 4 Presscontainer vorgesehen sind.

Zur den bestehenden Verträgen merkt er an, dass diese eigentlich sehr gut ausverhandelt sind und versucht werde, die Logistik auf dem Niveau zu halten. Dennoch werde gemeinsam mit Vergaberechtern versucht, ein optimales Konzept zu erzielen.

Auf alle Fälle könne er garantieren, dass die Container abgeholt werden. Fälle wie Neapel und Co könne er auf alle Fälle ausschließen.

Ing. Weiskopf erklärt weiters, dass der Verein Umweltwerkstatt über eine genaue Datenbank des Bezirkes verfügt. Er informiert, dass die Republik Österreich das EDM-Portal eingeführt hat. Der Verein Umweltwerkstatt hat die Einspeisung der Daten für die Gemeinden des Bezirkes übernommen.

Abschließend spricht er den motivierten Mitarbeitern an den Wertstoffhöfen bzw. Recyclinghöfen des Bezirkes ein großes Kompliment aus. Die Fehlwurfquote sei im Bezirk sehr gering und sei dies auch gut so, denn ab einer Fehlwurfquote von 20 % wäre die Gemeinde zu einer Zusatzzahlung verpflichtet.

StR Jörg begrüßt die Einführung dieser Großcontainer und ist er der Meinung, dass man damit von einem starren System in ein variables System wechsle. Außerdem bestätigt er dem Verein Umweltwerkstatt sehr gute Arbeit.

GR Demir fragt an, ob hinsichtlich der CO₂-Emissionen auch berücksichtigt wurde, dass die Müllcontainer in Zukunft durch das Pressen schwerer sind als die derzeitigen Container.

Ing. Weiskopf erklärt, dass dies natürlich berücksichtigt wurde. Es werden in Zukunft weniger LKW's am Weg sein, diese sind dann jedoch besser ausgelastet.

GR Gerstgrasser stellt fest, dass die Einführung der Großcontainer in den Recyclinghöfen und insbesondere auch im Wertstoffhof Landeck eine gewisse Aufwertung mit sich bringt. Nach der Einführung des Verwiegesystems ist dies ein weiterer positiver Schritt in die richtige Richtung.

GR Vöhl freut es besonders, das so „zukunftsorientiert“ gearbeitet werde. Gleichzeitig erkundigt er sich, warum die Kunststoffe nicht mit aufgenommen worden sind.

Ing. Weiskopf erklärt, dass im Rahmen der Verpackungsverordnung alles vertraglich geregelt ist und die Kunststoffe nicht vorgesehen sind.

StR König findet das System sehr gut. Er stellt die Frage, ob auch untersucht wurde, wie sich die verwertbaren „Stoffe“ auf der Börse entwickelt haben.

Ing. Weiskopf gibt zu, dass die Gemeinden zum Teil mehr lukrieren hätten können. Jetzt könne dies auf einen transparenten Weg erfolgen.

StR Hittler findet die Einführung der Großcontainer auch in Ordnung. Er erkundigt sich, wer hinter der Umweltwerkstatt CPT GmbH steht und welche Leistungen von der CPT durchgeführt werden.

Ing. Weiskopf erklärt, dass es sich bei der CPT um eine „Fröschl-Tochter“ handelt, die als Zwischenhändler auftritt und die lokalen Frächter bedient.

Abschließend bedankt sich Ing. Bernhard Weiskopf für die Aufmerksamkeit und insbesondere für das der Umweltwerkstatt immer entgegengebrachte Vertrauen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Ing. Weiskopf für seine Ausführungen und für seine Bereitschaft, in diesem Gremium für Fragen und Antwort zur Verfügung zu stehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem vorliegenden Antrag des Stadtrates einstimmig einverstanden.

Pkt. 6) der TO.: Anträge des Bau- und Wasserausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Ing. Roland König, das Wort und verliest nachstehende Anträge:

a) Grundverkauf an Emil Petter - Flächenänderung

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 7.7.2011 hat die Stadtgemeinde Landeck an Herrn Emil Petter aus der stadteigenen Gp. 1267/1 eine ca. 25 m² großen Fläche zum Preis von Euro 110,-/m² verkauft.

Nach Vermarkung und Vermessung des Grundstückes hat sich herausgestellt, dass das ausgewiesene Trennstück ein Flächenausmaß von 39 m² aufweist.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 14.3.2012 mit diesem neuen Flächenausmaß einverstanden erklärt und beantragt die Flächenänderung im Sinne dieses Antrages.

Beschluss:

Für diesen Antrag des Bau- und Wasserausschusses ergibt sich Einstimmigkeit.

b) Überlassung eines Holzlagerplatzes an Johann Sailer, Lochbödele

Johann Sailer ersucht um Überlassung eines Holzlagerplatzes im Bereich der Trafostation Lochbödele zur Zwischenlagerung des von der Stadtgemeinde erhaltenen Brennholzes unterhalb der Siedlung.

In der Bau- und Wasserausschusssitzung am 14.3.2012 hat man dieses Ansuchen befürwortet. Nachdem die Brennholzlagerung länger als ein Jahr dauert soll die Grundbenützung in Form eines Bittleihvertrages unter folgenden Bedingungen erledigt werden:

- Bewilligung gilt auf unbestimmte Zeit mit jederzeitigen Widerruf
- der jährliche zu entrichtende Anerkennungsziins beträgt € 28,80 wertgesichert (gleicher Anerkennungsziins wie bei der Grundüberlassung an Marth Bernadette)
- der Holzlagerplatz wird vom Stadtbauamt an Ort und Stelle zugewiesen

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages ersucht.

Beschluss:

Mit der beantragten Grundüberlassung an Herrn Johann Sailer erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs-, Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Dr. Wolfgang Jörg, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Behandlung von Stellungnahmen zum Parkverbot von Mopeds (Gymnasium Perjen)

In der Römerstraße vor dem Gymnasium wurde eine Kurzparkzone ausgewiesen, um für die Besucher der umliegenden Betriebe Parkplätze zu schaffen. Aufgrund der Nähe zum Bundesrealgymnasium werden in dieser Kurzparkzone aber auch von den Schülern Motorräder abgestellt. Da diese nicht den Bestimmungen der Kurzparkzone unterliegen, können die Motorräder ohne Zeitbegrenzung abgestellt werden. Mittlerweile hat die Anzahl der abgestellten Motorräder so zugenommen, dass während der Schulzeiten kaum mehr PKW abgestellt werden können. Der Gemeinderat hat deshalb am 23. Februar 2012 ein „Halte- und Parkverbot“ mit dem Zusatz „gilt nur für einspurige Fahrzeuge“ erlassen.

Die Wirtschaftskammer, Ortsstelle Landeck, hat dazu nachfolgende Stellungnahme abgegeben:

„Die bestehende gesetzliche Regelung ist in der Tat unbefriedigend. Das beabsichtigte Halte- und Parkverbot zwingt die jungen Leute sodann ihre Mopeds „ein paar Meter weiter“ abzustellen, womit man wohl das Symptom nicht aber die Ursache behandelt hat. Eine Möglichkeit die Mopeds der Schüler auf dem Vorplatz des Gymnasiums erlaubterweise abzustellen wäre effizienter und sollte von der Gemeinde vorher abgeklärt werden. Die Lehrer parken unseres Wissens auch im Innenhof des Gymnasiums. Das Gymnasium sollte also auch bei der Lösung dieses Problems (es handelt sich ja hauptsächlich um ihre „Kunden“) eingebunden werden.“

Der Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss hat in der Sitzung vom 6. März 2012 die Stellungnahme behandelt und beharrt auf der getroffenen Verkehrsregelung. Die Entscheidung wird damit begründet, dass das Freihalten der Kurzparkzone für Besucher und Kunden Priorität hat. Mit der Direktion des Gymnasiums ist man in Kontakt, um eine Lösung für das Abstellen der Motorräder zu erzielen. Das beschlossene Halteverbot für einspurige Fahrzeuge soll deshalb vom Gemeinderat bestätigt werden.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Entscheidung im Sinne des Antrages ersucht.

Er fügt hinzu, dass am Dienstag eine Besprechung mit dem Direktor folgen werde, zu der auch BSI Siegele eingeladen wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag einstimmig einverstanden.

b. Flächenwidmungsplanänderung Prandtauerweg/Petter

Es wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, die Auflage und den Entwurf für nachstehende beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes zu be-

schließen, wobei der Entwurf jedoch nur dann rechtswirksam wird, wenn hierzu innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen von einer berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden:

Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 1267/1 von Freiland in Wohngebiet (§38 Abs. 1 TROG) laut beiliegendem Änderungsplan.

Der beabsichtigten Umwidmung liegen die Stellungnahme und der Änderungsplan des Stadtbauamtes zugrunde.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, 1. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung vom 12.03.2012 und laut telef. Umlaufbeschluss vom 21.03.2012 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben:

- a) die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 49 (nach Sari) an
GABL Lorena, Landeck, Brixnerstraße 10

- b) die 3-Zi-Wohnung Malsersstraße 19 (nach Althaler) an
CESUR Hanife, Landeck, Innstraße 46

WOHNUNGSVERGABEN Wohnanlage Lötzweg 18 (LA 19)

- Top 1 - Thurner Karin u. Peter, Landeck, Lötzweg 63
- Top 3 - Crepaz Leif, Landeck, Lötzweg 21 a
- Top 6 - Donadel Gualtiero, Landeck, Lötzweg 17 c
- Top 8 - Unterhuber Mathias, Zams, Am Sargen 12/Top 2
- Top 11 - Wyhs Andreas, Landeck, Malsersstraße 19/Top 12
- Top 13 - Pusam Herbert, Landeck, Bruggfeldstraße 18/16

GR Demir nimmt Bezug auf den Artikel in der Tiroler Tageszeitung, in welchem er Kritik am Wohnungsreferenten übte. Er wünsche sich transparente und zeitgemäße Wohnungsvergaberichtlinien, die seiner Meinung nach für Landeck unbedingt notwendig sind. Für ihn sind die meistens Wohnungsvergaben nicht nachvollziehbar und werde er sich auch heute bei der Abstimmung seiner Stimme enthalten.

StR Hittler findet es nicht seriös, wenn man ohne die Fakten genau zu kennen, in die Presse geht. Er hätte zumindest einen Vertreter in die Sitzung schicken können.

GR Demir ist der Ansicht, dass seine Kritik gerechtfertigt ist. Er ist der Meinung, dass Härtefälle anders behandelt gehören.

StR König erinnert, dass im letzten Gemeinderat die SPÖ-Fraktion einen Antrag gestellt hat, in welchem der Wohnungsausschuss aufgefordert wird, eine neue Wohnungsvergaberichtlinie zu erstellen. Dieser Auftrag wurde von allen Gemeinderatsmitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen und müsse man den Ausschuss jetzt arbeiten lassen.

Bgmstv. Mayer erklärt zum besagten Fall, dass die Familie aufgrund der bestehenden Wohnungsvergaberichtlinien nicht auf die Liste der Wohnungswerber aufgenommen wurde, weil sie noch nicht acht Jahre in Landeck wohnhaft ist. Dennoch wurde der Familie Anfang März eine Wohnung in der Kreuzgasse zugewiesen, die sie jedoch gar nie besichtigt und mit der Begründung – die Wohnung sei feucht und teuer – abgewiesen hat. Auch habe er angeboten, die Wohnung nur zwischenzeitlich zu beziehen bis sich eine andere Gelegenheit ergibt – auch dieses Angebot wurde von der Familie abgeschlagen.

Bgmstv. Jenewein appelliert über solche Fälle bzw. grundsätzlich über Personalangelegenheiten im vertraulichen Teil der Gemeinderatssitzung zu sprechen. Solche Dinge gehören nicht in der öffentlichen Sitzung behandelt.

Beschluss:

Vorliegender Antrag des Wohnungsausschusses wird mit 18 Pro- und einer Stimmenthaltung (Gegenstimme) angenommen.

Pkt. g) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a) Der Vorsitzende informiert, dass es im Ministerium Bewegung hinsichtlich einer zweiten Röhre für den Perjentunnel gegeben habe. Wie die Asfinag durchblicken lasse, wird definitiv eine zweite Röhre gebaut. Die Eröffnung der neuen Röhre bedeute aber noch nicht, dass der Tunnel im Vollausbau zur Verfügung stehe. Die alte Röhre werde dann nur als Flucht- und Rettungsweg genutzt. Erst wenn die durchschnittliche tägliche Frequenz von 20.000 Fahrzeugen erreicht werde, werde der Tunnel entsprechend adaptiert. Der Vorsitzende bemerkt, dass es sich aus seiner Sicht um einen Kompromiss handelt, aber das Ziel der Region, zwei vollwertige Röhren zur Verfügung zu haben, weiterhin bestehe. Deshalb sind weiterer Gespräche zu führen, damit so rasch wie möglich ein Vollausbau realisiert werden kann.

Bgmstv. Mayer erkundigt sich nach der Größe des Querschnitts des geplanten Tunnels.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm die Zahlen dazu leider nicht bekannt sind.

GR Gerstgrasser ist der Meinung, dass man trotzdem auf eine zweite vollausgebaute Röhre beharren müsse.

Der Vorsitzende stimmt zu und betont, dass sich nichts an der verabschiedeten Petition der Stadtgemeinde Landeck ändert.

- b) StR König weist darauf hin, dass beim Klösterle und beim Alten Kino die Fassade wiederum Flecken aufweise und teilweise abbröckelt. Man müsse erneut beim Bundesdenkmalamt hinsichtlich der Haftung vorstellig werden. Außerdem regt er an, Überlegungen hinsichtlich eines anderen Beleuchtungskörpers beim Klösterle/ LMS nachzudenken, da dieser immer wieder beschädigt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm die Flecken vor Tagen auch aufgefallen sind und habe er dazu auch gleich einige Fotos gemacht, die er DI Hauser schicken werde. Hinsichtlich des Beleuchtungskörpers werde er eruieren lassen, was es noch für Möglichkeiten gebe.

- c) StR König informiert, dass Herr Dr. Stefan Walch und der Leiter des Jugendtreffs „Jump in“ in der Sitzung des Jugend- Familien- und Sozialausschusses anwesend waren und einen sehr ausführlichen und detaillierten Bericht über die offene und mobile Jugendarbeit in Landeck dem Ausschuss präsentierten. Nach diesem detaillierten Bericht spricht er seine Anerkennung für die Arbeit, die im Jugendtreff geleistet wird aus, und revidiert damit die von ihm getätigten Aussagen zum ursprünglichen Tätigkeitsbericht.
- d) GR Demir erkundigt sich nach der weiteren Vorgangsweise hinsichtlich eines Kinderbeckens im Schwimmbad.

Der Vorsitzende gibt an, dass es Beratungen im Sportausschuss gegeben hat.

StR Niederbacher fügt hinzu, dass noch einmal gründlich recherchiert werden muss und mehrere Angebote eingeholt werden müssen.

StR Hittler ergänzt, dass im Finanzausschuss klar zum Ausdruck gekommen ist, dass es dieses Jahr aus budgetären Gründen nicht mehr zu verwirklichen ist.

- e) GR Gerstgrasser erkundigt sich, ob es zum Thema Bezirksgericht Landeck neue Informationen gibt.

StR Jörg teilt mit, dass ein Schreiben vom Büro der Bundesministerin Beatrix Karl vorliege, in welchem mitgeteilt wird, dass die Begründungen, welche in der Petition der Stadtgemeinde Landeck angeführt wurden, in die Entscheidung einfließen werde.

- f) StR König fragt an, ob es neue Erkenntnisse zur Causa Bezirksmuseumsverein gibt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Obmann des Bezirksmuseumsvereins von LR Palfrader aufgefordert wurde, mit der Volksbank ein Gespräch zu führen, in welchem diese mit der Frage konfrontiert wurde, ob sich die Volksbank beim Schuldenabbau beteiligen könnte. Von der Volksbank gab es dazu eine klare Absage. Es stehe nunmehr ein neuerliches Gespräch mit LR Dr. Palfrader an.

GR Leitl regt an, dass sich alle möglichen Partner gemeinsam an einen Tisch setzten sollten. Es werde zu einer Lösung kommen müssen.

StR König ist der Meinung, dass die Stadtgemeinde Landeck ihre Verantwortung wahrgenommen hat und nunmehr das Land am Zug ist. Das Land sei in dieser Sache säumig,

mehr Bringschuld des Landes sei dringend nötig. In Richtung ÖVP plädiert er, dass sich die ÖVP stark machen und bei der Frau Landesrätin intervenieren sollte. Er sehe hier den Versuch der ÖVP, politisches Kleingeld zu verdienen.

Sollten keine Landesmittel fließen, würde er dem Bezirksmuseumsverein empfehlen, eine Auktion von Kunstwerken aus dem Depot von Schloss Landeck durchzuführen.

GR Leitl glaubt nicht, dass versucht werde, politisches Kleingeld zu verdienen. Er weist darauf hin, dass vom Bezirksmuseumsverein bzw. von der Geschäftsführerin Eva Lunger auch viel falsch gemacht wurde. Dezidiert würde er sich gegen eine Auktion von Kunstwerken wehren.

- g) StR König erkundigt sich, ob bereits Verträge hinsichtlich des Projektes „Low-Budget-Hotel“ am Venet in Ausarbeitung sind.

Bgmstv. Jenewein gibt an, dass ihm dazu keine Informationen vorliegen. Er informiert, dass die Gemeinde Zams die nötige Umwidmung bereits beschlossen habe.

- h) StR Jörg teilt mit, dass am Dienstag eine Informationsveranstaltung zur Wirtschafts- und Standortentwicklung in Zams stattgefunden hat. Es ist nunmehr eine gesellschaftsrechtliche Gründung erforderlich. Auch Banken konnten schon mit eingebunden werden. Die Installation der Entwicklungsgemeinschaft müsse mit der Gemeinde Zams abgestimmt werden.

- i) StR Niederbacher teilt mit, dass er immer wieder von Personen angesprochen werde, die sich beklagen, dass sie nicht ohne Schwierigkeiten zu Fuß von der Öd in die Stadt kommen. Gerade für Rollstuhlfahrer, für Eltern mit Kinderwägen, für behinderte und alte Menschen sei es schwierig, da sie entweder die Stiege zum Kino oder die Maisengasse, die von Autofahren auch befahren wird, benützen müssen. Er ist der Meinung, dass die Stadt hier Nachholbedarf habe und es unbedingt an der Zeit wäre, endlich einen barrierefreien und behindertengerechten Übergang von der Öd in die Stadt zu schaffen. Er plädiert dafür, sich darüber Gedanken zu machen und dürfen dabei auch die öffentlichen Gebäude nicht außer Acht gelassen werden.

Der Vorsitzende stimmt zu, dass ein Nachholbedarf gegeben ist. Der entsprechende Ausschuss müsse sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Zukunft befassen.

- j) Bgmstv. Mayer berichtet über die stattgefundenene Generalversammlung des Martiniladen, welcher laut Obfrau Sr. Judith Nötstaller sehr gut läuft. Derzeit zähle der Verein lediglich 62 Mitglieder und würde sich der Martiniladen über eine größere Anzahl von Mitgliedern sehr freuen, zumal der Sozialmarkt hauptsächlich auf Sponsoren und Unterstützungen angewiesen ist. Der Jahresbeitrag beträgt Euro 10,- und fordert er jene Gemeinderäte auf, dem Verein beizutreten, die noch nicht Mitglieder sind.

- k) GR Vöhl stellt die Anfrage, ob es möglich wäre, in Zukunft auch allen Gemeinderatsmitgliedern die Protokolle des Stadtrates zu übermitteln.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Vorsitzende vor, über vorliegenden Antrag abzustimmen. Nachdem dieser Vorschlag einstimmig angenommen wird, werden in Zukunft alle Stadtratsprotokolle den Gemeinderatsmitgliedern per Email übermittelt.

- l) GR Vöhl spricht eine Einladung zum Frühlingskonzert der Stadtmusikkapelle Landeck am 28. April 2012 im Stadtsaal aus. Es handelt sich dabei um ein Doppelkonzert der Swarovski Musik Wattens mit der Stadtmusikkapelle Landeck und bilde zudem den Beginn zur 350-Jahrfeier der Stadtmusikkapelle Landeck. Gleichzeitig bedankt er sich für gewährte Unterstützungen.
- m) StR König erkundigt sich, ob die offenen Fragen mit dem Verein ATIB nunmehr geklärt werden konnten.

Der Vorsitzende gibt zur Antwort, dass am Montag noch ein Gespräch folgen werde, danach könne er darüber Auskunft geben.

- n) StR König verweist auf die vorgenommenen Einhausungen von privaten Hütten im Thial und regt er an, eine Überprüfung vorzunehmen.

Der Vorsitzende sichert eine diesbezügliche Überprüfung zu.

- o) GR Gerstgrasser lädt die Mitglieder des Gemeinderates zum Jugendredewettbewerb am 25. April 2012 im Alten Kino recht herzlich. Er fügt hinzu, dass der Redewettbewerb dieses Jahr vom Jugendtreff „LA Jump in“ organisiert wird.
- p) GR Leitl spricht eine Einladung zum traditionellen Pfarrfest in Bruggen am 1. Mai aus.
- q) StR König erkundigt sich nach der weiteren Vorgangsweise hinsichtlich der Windenergiestudie von Ing. Kramarcsik.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich damit das Regionalmanagement befasse. Diese arbeiten in zwei Arbeitskreisen und werde von diesen eine Erstbeurteilung abgegeben.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG